

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

22.2.1919 (No. 46)

Expedition: Karlsruher-Str. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkontos Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter E. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunsche Buchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4.75 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4.92 M. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile über deren Raum 25 P. zusätzlich 30 % Leerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrester Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufhebung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Weitere Attentate in München.

* Im bayerischen Landtage wurde gestern vormittag auf den Minister Auer ein Attentat verübt, als er in seiner Erklärung seinem Abgänger über die Ermordung des Ministerpräsidenten Eisner Ausdruck gegeben hatte. Es fielen plötzlich Schüsse aus der Richtung einer durch einen großen Blüschvorhang verhängten Türe zum Sitzungssaal. Darauf stürzte ein Mann mit Militärmantel und Zivilhut in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolvergeschosse in der Richtung auf Auer ab. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordnete bemächtigte sich eine große Panik. Sie stürzten durch alle Ausgänge aus dem Sitzungssaal. Auer sank, in die linke Brustseite getroffen, schwer verletzt zusammen.

Von einem der Schüsse wurde der Abg. Dsel von der Bayer. Volkspartei getroffen. Er ist tot. Zwei Ministerialbeamte erlitten schwere Schussverletzungen. Die Minister Hoffmann und von Frauenborfer, sowie inwischen zurückgekehrte Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion leisteten den Schwerverletzten die erste Hilfe. Die Sitzung mußte aufgehoben werden. Das Landtagsgebäude ist militärisch gesichert.

Von den Opfern des im Landtage verübten Attentats soll, wie die „Wolff. Ztg.“ berichtet, auch Major Jarnes, der Referent im Militärministerium, tot und Minister Auer lebensgefährlich, sowie die Minister Rothhaupter und Timm leicht verletzt sein. Der Täter soll ein Münchener Weggermeister namens Peter sein. Er sei festgenommen worden.

Militärminister Rothhaupter, gegen den sich wegen seines Volksheerplanes der ganze Haß der Unabhängigen und Spartakisten richtet, ist im Landtage in Schutzhaft des Volkstrates, der die Macht an sich gerissen hat. Die Zeitungen sind von Truppen besetzt worden. Auer's Verwundung gilt als gefährlich. Der Schuß ging zwei Finger breit unter dem Herzen in die Brust und hat das Zwerchfell und die Lunge durchbohrt. Der getödete Ministerialdirektor-Gareis hat einen Rückenmarkschuß erlitten.

(Weiteres über diese Vorfälle siehe auf der 2. Seite.)

Bayern als Rätereublik.

* Gestern abend wurde lt. „W. Fr.“ von den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten Bayerns zur Rätereublik ausgerufen. Sämtliche Münchener Zeitungen sind durch Rätegruppen besetzt und am weiteren Erscheinen verhindert.

Spartakisten-Unruhen in Augsburg.

* Wegen der Ermordung Eisners rottete sich gestern abend in Augsburg eine große Menge von Unabhängigen und Spartakisten zusammen und erklarte die Verlagsgebäude der Zentrumszeitung. Dieselben wurden vollständig demoliert. Die Menge plünderte auch noch mehrere Kaufhäuser.

Der Präliminarfriede.

* „Times“ melden lt. „W. Fr.“ aus Paris: Der endgültige Waffenstillstand, der Deutschland anfangs oder Mitte März mitgeteilt werden wird, ist in Form und Inhalt der Präliminarfriede. Die Blockade für Lebensmittel und für solche Rohstoffe, die in Deutschland im Veredelungsverfahren verarbeitet werden, wird mit dem Tage der Unterzeichnung aufgehoben. „Daily Telegraph“ meldet: Der englische Meeresverband in Liverpool hat am Montag mit der Anwerbung für den Dampferdienst nach deutschen Häfen begonnen.

Der endgültige Waffenstillstand.

* Der Progres de Lyon meldet lt. W.T.B.: Marschall Foch besetzt nunmehr die militärischen und maritimen Bedingungen, die Deutschland in dem nächsten definitiven Waffenstillstandsvertrag aufgezogen werden sollen. Marschall Foch wird diese Bedingungen der Konferenz der Vertreter der Großmächte am Freitag überreichen und erklärte sich, nach einer ergänzenden Meldung des „Matin“ bereit, die Diskussion über diese Bedingungen sofort aufzunehmen.

Der Generalstreik im Ruhrgebiet gescheitert.

* Der Generalstreik im Ruhrgebiet kann als gescheitert betrachtet werden. Die Essener Streikkommission stimmte gestern abend nach längerer Beratung dem in Münster vom A. und S.-Mat vorgeschlagenen Angebot und den Bedingungen des Generalkommandos mit allen gegen 9 Stimmen zu und beschloß damit den sofortigen Abbruch des Generalstreiks.

* Vom Tage.

(Die Ereignisse in München.)

Man muß die Vorgänge recht anschaulich vor Augen halten, um sie in ihrer ganzen Bedeutung begreifen zu können: Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner begibt sich zum Landtagsgebäude, um dem dort versammelten Parlament mitzuteilen, daß das gesamte Ministerium von seinen Ämtern zurücktrete und sie dem Parlament zur Verfügung stelle. Ein junger Student, der frühere Leutnant Graf Arco-Valley, also ein Mitglied des höchsten bayerischen Adels, nähert sich von hinten dem Ministerpräsidenten und schießt ihm zwei Kugeln in den Kopf. Die Wirkung ist eine augenblicklich tödliche. Und der andere Vorgang: Mitten in der Sitzung des bayerischen Landtages werden von der Tribüne aus Schüsse auf die Versammlung abgegeben; in dem gleichen Augenblick dringt ein Münchener Weggermeister mit geladenem Revolver in den Saal und schießt auf die Minister. Der Minister Auer bricht schwer verwundet zusammen, und ein hoher Ministerialbeamter wird getötet. Die Minister Rothhaupter und Timm werden leicht verletzt. Ein Parlamentsmitglied, der Zentrumsabgeordnete Dsel, wird ebenfalls getroffen und stirbt tot nieder. Den Hintergrund zu diesen Vorgängen bilden wilde Kämpfe um die Macht, die seit einigen Wochen das Leben der bayerischen Hauptstadt aufs tiefste erschüttern und durchwühlen, Kämpfe, bei denen der Terror der spartakistischen Minderheit brutal in Erscheinung tritt, bei denen sich aber auch — zum erstenmal seit der Umwälzung in den Novembertagen des vorigen Jahres — eine Gegenrevolution reaktionärer Elemente bemerkbar macht. Der Kampf aller gegen alle scheint entbrannt zu sein. Der Bürgerkrieg durchtobt die Gassen; man weiß heute noch nicht, wie sich ein Ausweg aus der blutigen Tragödie wird finden lassen.

Einstweilen hat der Volkstrat der Arbeiter- und Soldatenräte die Herrschaft übernommen und Bayern zur Rätereublik ausgerufen. Sämtliche Münchener Zeitungen sollen durch Rätegruppen besetzt und am weiteren Erscheinen verhindert sein. Der Landtag, der nach den Grundsätzen der Demokratie die Souveränität des Staates in ihrer legalen Form verkörpert, ist einstweilen ausgeschaltet. Der Terror einer kleinen Minderheit regiert, ohne daß er Aussicht haben dürfte, vom ganzen Lande anerkannt zu werden.

Die Situation für die Parteien der Ordnung und Wiederaufrichtung ist klar gegeben. Sie müssen zusammen mit den auf legalem Wege zustande gekommenen Regierungen weiterkämpfen gegen Links und gegen Rechts. Die große Mehrheit des Volkes steht hinter diesen Parteien. Recht und Gesetz sind ihre Ideale, und die Volkswohlfahrt ist das Ziel ihrer Bestrebungen. Nur eines scheint noch nicht in dem rechten Maße vorhanden zu sein: die rücksichtslose, tatbereite Entschlossenheit. In dieser Hinsicht ist die Minderheit der Linksradikalen und der Rechtsradikalen den Parteien der Regierungsmehrheit leider noch immer in den meisten Fällen überlegen. Hier liegt des Übels Wurzel! Man denke: In einer Stadt wie Karlsruhe wird zur Bildung einer Bürgerwehr aufgerufen. Einige Hundert Studenten melden sich. Sonst ist der Erfolg geradezu kläglich. Die Bürgerwehr hält sich zurück. Das ist typisch für das ganze Reich. Man redet, man schimpft, man empört sich. Aber wenn es zu handeln gilt, drückt man sich. Wahrlich, wir haben vom Spartakus und den Rechtsterroristen noch viel zu lernen; und wir werden ihrer nur Herr werden, wenn wir uns ihre Entschlossenheit und ihre Tatkraft zu eigen gemacht haben!

Diese Tatkraft wird um so notwendiger sein, als wir es vielfach mit Ausbrüchen viehischer Wildheit und sadistischer Wahnsinns zu tun haben. Der Krieg hat in den verbrecherisch veranlagten Schichten unseres Volkes Instinkte entfesselt, die sich nur mit eiserner Faust bändigen lassen. Graf Arco-Valley und Weggermeister Peter Arm in Arm! Beide heimtückische Mörder! Die sozialen Klüfte sind übersprungen; die Solidarität des Verbrechertums hat sie überbrückt. Mit diesem Verbrechertum gilt es aufzuräumen! Und zwar schonungslos!

Der ermordete bayerische Ministerpräsident war kein staatsmännischer Kopf. Und das ist sein

Fluch geworden; denn politisch hatte er ohnehin abgewirtschaftet. Nie hätte dieser Mann die Leitung eines Staatswesens übernehmen sollen. Dazu fehlten ihm die wichtigsten Eigenschaften: Klarheit, Umsicht und die fähige Ruhe des Verstandes. Aber war er deshalb ein Trottel oder gar ein Dummkopf oder ein Verräter? Nein und dreimal nein! Als Charakter und Mensch steht Eisner unantastbar da. Er war ein Mensch voll hohen Gedankenschwunges, ein Kulturbürger voll starker Ideale. Er war geistig, wissenschaftlich und künstlerisch eine Intelligenz von nicht gewöhnlichem Format. Und bei alledem eine Persönlichkeit von mit fortweisendem Schwung. Sehen wir von seinen mannigfachen Entgleisungen als Staatslenker ab, so bleibt doch das Bild eines Mannes, der von reinstem Willen beseelt war, und der nach seiner Weise versucht hat, das Volk und die ganze Menschheit glücklich zu machen.

Eisners Auftreten in Bern ist bei uns im Reich vielfach falsch verstanden worden, oft aus böser Absicht heraus. Man hat ganz die Tatsache übersehen, daß Eisner von den künftlichen deutschen Rednern doch die einzige Persönlichkeit war, die dort in imponierender Weise zum Wort gelangte, und daß er es war, der eine uns nicht ungünstige Atmosphäre der Konferenz schuf. Gewiß, er hat sein Stedenpferd garzu feurig geritten. Seine Auffassung, daß wir allein die Schuldigen seien, ist irrig. Aber sie entspricht nun einmal seiner Überzeugung. Deshalb von Verrat zu sprechen, erscheint uns widersinnig. Gewirkt hat sein Auftreten jedenfalls in einer für uns nur erfreulichen Weise. Jedenfalls hundertmal erfreulicher, als das Aufstehen der Rechtsparteien in Weimar auf das feindliche Ausland wirken wird. Von dem guten Willen dieses feindlichen Auslandes aber sind wir abhängig. Sonst werden wir verhungern. Ein solches Eingeständnis ist bitter für uns, aber deshalb nicht weniger wahr und schwerwiegend. Man sollte den Ernst der Lage doch endlich erkennen lernen!

Daß Eisner auch in seiner inneren Politik schließlich bemüht war, die Gegensätze miteinander zu vergleichen, das beweist seine Absicht, mit dem Gesamtministerium zurückzutreten. Mit den Terroristen Münchens hatte er innerlich keine Berührungspunkte mehr. War er ihnen bereits doch selber verdächtig geworden! Eisner stand vor dem Zusammenbruch seiner politischen Hoffnungen. Er, der Führer der Unabhängigen, mußte sehen, daß auch die vollstimmlichste, ja radikalste Politik dem Verbrechertum noch immer nicht genügt, und daß das ganze Spiel verloren ist, wenn dieses Verbrechertum sein Haupt erheben darf. Daß es dazu kommen konnte, ist allerdings ein Vorwurf für Eisner selbst. Seine Ideologie war es, die den Terror nicht zu bändigen wußte, als er vielleicht noch zu bändigen war.

Die Staatsmänner mögen aus den Ereignissen in München lernen! Mit der Vernunft und mit dem Gefühl wird man sich auseinandersehen können. Wo menschliches Empfinden waltet, wird man an dem Erfolg gütlicher Verhandlungen nicht zu verzweifeln brauchen. Wo aber Sinn und Vernunft zum Teufel gegangen sind, wo nur die Gefühle der Wildheit und der Zerstörung herrschen, wo sich das Zerrbild der Menschlichkeit, die Unmenschlichkeit zeigt, da gibt es kein Rastieren, da gibt es nur eine Rettung: mit eiserner Faust zugreifen und das wilde Tier zerdrücken! Wer sich unter wilde Völker, wer sich unter die Urzustände der Kultur wagt, für den gilt die Alternative: selber fressen oder gefressen werden. Die Wahl sollte nicht schwer sein. Dann liegt die Rußanwendung auf die Zustände bei uns im Reich, auf die Zustände in München und im Ruhrgebiet auf der Hand!

Deutsche Nationalversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung erlärte Ministerpräsident Scheidemann u. a.: Mit tiefstem Schmerz, aber auch mit größter Empörung teile ich Ihnen mit, daß der bayerische Ministerpräsident Eisner, der Vorläufer der Revolution, von einem Fanatiker erschossen wurde. München befindet sich in blutigem Bürgerkrieg. Meine Freunde, Rothhaupter und Auer, sollen tot sein. Die Regierung spricht durch mich ihren tiefen Schmerz und ihre Verurteilung dieser schändlichen Mordtat aus. Nichts bezeugt den Niederbruch einer Zeit deutlicher, als wenn der Anschlag zum Mittel des politischen Kampfes wird. Wenn der Opfertod Eisners eine gute Folge hat, so wird es die sein, uns alle zusammenzuschweißen, um solche Zustände zu beseitigen. Es wäre der Unter-

ganz des deutschen Volkes, wenn auch nur ein Teil von ihm sich von dieser Beurteilung ausschließen wollte. (Das ganze Haus hat die Ansprache stehend angehört.)

Präsident **Hehrenbach** teilt mit, daß am Samstag vormittag 10 Uhr das Übergangsgesetz und einige andere unerledigte Gesetze zur Beratung kommen. Montag nachmittag 2 Uhr werde der Innenminister den Verfassungsentwurf begründen, mit dem sich die Fraktionen am Dienstag und Mittwoch beschäftigen sollen; am Donnerstag und die folgenden Tage soll dann die erste Lesung des Verfassungsentwurfs stattfinden.

Darauf wird das Diätengesetz mit einem von allen Parteien gestellten Antrag, wonach ein Abzug für das Fernbleiben von einer Vollziehung nicht stattfindet, wenn das betreffende Mitglied am gleichen Tage einer Ausschusssitzung beiwohnt, debattelos in allen drei Lesungen angenommen.

Hierauf wird die **Besprechung der Regierungserklärung** fortgesetzt.

Ministerpräsident **Scheidemann**: Die junge Republik wird in kürzester Zeit vor der schwersten Erschütterung, wenn nicht vor dem Zusammenbruch stehen. Das Reich, das Volk, seine Ernährung und Arbeitsmöglichkeiten sind auf das schwerste bedroht. Nicht vom Feinde, sondern von Landesgenossen, die jetzt unsere wertvollste wichtigste Provinz, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, mit Vertrimmerung bedrohen. Der Boden, auf dem wir stehen, schwankt. Er bricht vielleicht schon in kürzester Zeit zusammen, wenn es nicht gelingt, dem Wahnsinn, dem Verbrechen im Ruhrgebiet entschlossen ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei allem Guten, was die Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten Revolutionswochen geleistet haben, es hat uns mehr als einmal die Schamröte ins Gesicht getrieben, wenn wir von der Vergewaltigung der Pressefreiheit durch sie hörten. Erst in einer Bevölkerung, der die Propaganda des Terrors ohne jede Gegenwirkung eingeschmeichelt werden kann, ist der Ruffschismus überhaupt möglich. Die Spartaisten des Ruhrreviers sind nicht die Unschuldsgefahren, als die sie uns hier dargestellt werden. Sie sind ganz gemeine Mäuler, Spitzbuben und Erpresser. Sie gehen bewaffnet von Zeche zu Zeche und zwingen die Arbeitswilligen zum Streik, obwohl 95 Prozent der Bergarbeiter gegen den Streik sind. Sie mühten die Regierung heute noch zum Teufel zu jagen, wenn sie nicht mit aller Kraft und Entschlossenheit Gewalt gegen Gewalt fest. (Stürmischer Beifall.) Alle diese Gewalttätigkeiten, denen soviel Menschenleben zum Opfer fallen, haben sich abgespielt, ehe ein einziger Regierungssoldat im Industriegebiet aufgetaucht war. Die Regimentsgruppen kommen ins Ruhrrevier als Schutztruppe der Demokratie und der vergewaltigten Arbeiter, nicht als Weisse Garde. Ich bin überzeugt, daß es ihnen gelingen wird, den Spartaisten und Gewaltmenschen in kürzester Zeit das Handwerk zu legen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Zischen bei den Unabhängigen.)

Es ist ein Antrag aller Parteien (außer den Unabhängigen) eingegangen, in dem es heißt: Das deutsche Volk erwartet einen Frieden des Rechts. Es hat seine Waffen erst niedergelegt, nachdem es sich mit seinen Gegnern über die von Wilson aufgestellten Punkte verständigt hat. Das deutsche Volk rednet auf die Unverletzlichkeit dieser Forderung. Die Nationalversammlung fordert die Anwendung aller Mittel, um die Angriffe bolschewistischer Truppen und Banden gegen unsere Grenzen abzuwehren. Die Behandlung der Entente, die Fortdauer der Hungerblockade, die Zurückhaltung der notwendigen Rohstoffe und unserer Kriegsgefangenen muß das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben. Die Nationalversammlung legt dagegen vor der ganzen Welt feierlichst Verwahrung ein.

Weiter ist von den Mehrheitsparteien ein **Vertrauensvotum** für die Regierung eingebracht worden.

Preußischer Justizminister **Heine**: An allen Zeugenvernehmungen und Verfahren wegen der Tötung der Frau Luxemburg nimmt ein Kommissar des Staatsanwaltes teil. Über die letzten Ermittlungen etwas zu sagen, ist unmöglich, wenn man die Ereignisse des Schuldigen nicht geradezu verhindern will. Es geht ein von allen Parteien (außer den U. S.) gestellter Antrag ein, der die Bestrebungen auf einen Anschluß Deutsch-Osterreichs begrüßt und die zurechtliche Hoffnung ausspricht, daß die Verhandlungen der beiden Regierungen recht bald ein günstiges Ergebnis haben.

Abg. **Meerfeld** (Soz.): Wir wünschen keine eigene westdeutsche Republik. Wir wollen grundsätzlich keine Kulturkampfarei, sondern Lösung des Verhältnisses von Staat und Kirche auf dem Boden der Freiheit.

Vizepräsident **Schulz** teilt mit, daß der Antrag über den Anschluß Deutsch-Osterreichs auch von den Unabhängigen Sozialdemokraten unterschrieben worden ist und somit ein gemeinsamer Antrag sämtlicher Parteien ist.

Abg. **Stegerwald** (Ztr.): Die Arbeiter an der Saar sind deutsch geboren und erziehen und wollen auch deutsch bleiben. Die Einführung des Achtstundentages wird keinen wirtschaftlichen Schaden stiften, wenn sie international erfolgt.

Abg. **Frau Baumer** (Dem.): Der neue Aufbau unserer Zukunft ist die Hauptsache. Für diesen Neuaufbau ist die Koalition, die in den letzten Tagen hier vorgetragen wurde, völlig

überflüssig. Wertlos ist die Erörterung darüber, ob die Revolution notwendig war oder nicht. Wir sehen in der Revolution den elementaren Ausdruck eines feilsch mißhandelten Volkes. Nur eine demokratische Auslese der Tüchtigen ohne Rücksicht auf Stand und Reichtum verbürgt allein die volle Wertung unserer Volksträfte in der Zukunft. Ich wünsche, daß man in alle Behörden, die mit Frauen- und Erziehungsangelegenheiten zu tun haben, sozialgeschulte Frauen berufen möge. Wir stehen heute vor der hohen, aber auch wunderbaren Aufgabe, die Gesamtheit des Volkes, nicht nur den oberen oder höheren Schichten, den Kulturhaat zu bringen.

Hierauf wird ein **Schlusstrang** angenommen. Aber eine Resolution der Deutsch-Nationalen zur Kreditvorlage wird mit großer Mehrheit zur Tagesordnung übergegangen. Das Vertrauensvotum wird gegen die Stimmen der U. S. und der beiden Parteien der Rechten angenommen. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der Unabhängige und Deutsche Volksparteiler gegen den Schluß der Debatte protestieren, wird der Antrag über den Rechtsfrieden mit großer Mehrheit und der über den Anschluß Deutsch-Osterreichs einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr: Reichswehrgesetz, Verfassungsentwurf. Schluß gegen 7 Uhr.

Politische Uebersicht

Die Schreckenstaten in München.

Über die blutigen Ereignisse im bayerischen Landtag, die der Ermordung Eisners folgten, wird laut M.Z. noch des Näheren aus München gemeldet:

Der Landtag war gestern vormittag zusammengetreten, um seine erste Sitzung abzuhalten. Als der Alterspräsident Dr. Jäger die Sitzung nach 10 Uhr eröffnete, wurde von der Zuschauertribüne mit erregter Stimme in den Saal gerufen: „Eisner ist erschossen! Auch der Mörder ist erschossen! Ein lähmendes Schreckgefühl durchzuckte das ganze Haus.“

Alterspräsident Dr. Jäger wandte sich darauf sofort mit kurzen Worten an die Abgeordneten, in der er dem Abg. über die Mordtat Ausdruck gab: „Wir wollen solche Mittel nicht anwenden, bemerke er, wir verabsäumen sie unter allen Umständen. (Große Bewegung, Unruhe und lebhaftes Zustimmung, Erregung auf allen Tribünen.) Ich bitte die Galerien um Ruhe, damit wir frei und unbeeinträchtigt in unseren Verhandlungen beraten können.“ (Rufe: Sitzung aufheben!) Die Erregung nahm einen besorglichen Umfang an, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Eine militärische Besetzung des Landtags wurde sofort verfügt. Es durfte niemand weder herein noch hinaus. Alle im Landtag befindlichen Personen wurden auf Waffen untersucht.

Der Minister Auer erhob sich bei Neubeginn der Sitzung zu einem **Nachruf** für Eisner. Er führte, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erhoben hatten, aus:

„Der provisorische Ministerpräsident Eisner hat soeben durch Mordhand den Tod erlitten. Der Mörder ist auf der Stelle gerichtet worden. Die Tat wurde von rücksichtsloser Hand in tödlicher Weise verübt, als Eisner auf dem Wege zum Landtag war, um dort in der gewählten Volksversammlung sein Amt als provisorischer Ministerpräsident auszuüben. Diese Handlung muß bei jedem anständigen Menschen Widerstand hervorrufen. (Zustimmung.) Der politische Konflikt in Bayern stand vor seiner friedlichen Lösung. Eisner war im Begriffe, dem versammelten Landtage den im Ministerrat in Anwesenheit aller Minister gefassten Entschluß mitzuteilen, daß das gesamte provisorische Ministerium seine Aemter in die Hände der gewählten Volksversammlung legen werde, damit die Grundlage geschaffen werde, auf der nach den demokratischen Grundsätzen der wirtschaftliche, politische und kulturelle Aufbau sich vollziehen und damit die bestehende Not des Landes gelindert werden könne. Um so unverantwortlicher ist die begangene Mordtat. Wir beklagen in dem Ermordeten den Führer der Revolution in Bayern und zugleich den vom reichsten Idealismus und von treuer Sorge für das Proletariat erfüllten Menschen. Auf diesem Wege kann und darf nicht fortgeföhren werden, wenn nicht die vollkommene Anarchie eintreten soll. Angesichts dieser wahnsinnigen Mordtat, gegen deren Urheber mit aller rücksichtslosen Strenge vorgegangen wird, gilt es nunmehr Besonnenheit zu wahren und alle Kräfte zusammenzufassen, um die ungeheuren Aufgaben der nächsten Zeit zu lösen, wie es die Interessen des geliebten bayerischen Volkes erfordern.“

Die Worte Aurers wurden mit Beifall aufgenommen. Über dem Hause lag eine tiefe Stille. Tiefe Bewegung ging durch alle Bänke.

Abg. Dr. **Süßheim** (Soz.) beantragte, die Sitzung zu beenden und die Einberufung der nächsten Sitzung dem Alterspräsidenten zu überlassen.

beherrschenden Charaktereigenschaften der Brutalität und erotischen Leidenschaftlichkeit restlos enthüllte. Leider war er an einzelnen Stellen wieder nicht ganz frei von Pathos. Wenn Herr Baumbach diesen Fehler dauernd überwinden könnte, wäre er ein ganz großer Künstler.

Fräulein **Holm** war vortrefflich als Helene, die blinde Tochter des Haules. Ihr Spiel war völlig aufs Seelische gestellt. Die Fähigkeit dieser Blinden, mit dem seelischen Ohr zu hören, brachte Fräulein Holm mit feinsten Künstlerkraft zum Ausdruck. Herr **Gast** gab den Schallantidaten mit herzbezüglicher Natürlichkeit. Seine Leistung zeigte von neuem, welche starke Begabung für eine auf das Seelische gestimmte Art der Darstellung Herr **Gast** besitzt. Man wird innerlich warm, wenn man den Einzelheiten dieser echten, sympathischen Kunst der psychologischen Kleinmalerei folgt.

Auch die übrigen Mitwirkenden passten sich dem Ensemble gut ein. Das Publikum nahm das Stück mit Beifall auf; nur störte wiederholt unangebrachtes Lachen am falschen Ort.

Hugo Roller.

Büchertisch.

Der **Babylonische Turm**. Geschichte der Sprachverwirrung einer Familie. Roman von Joseph Ponten. Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—. (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.) — Die Schicksale eines Bauunternehmers und seiner Familie — das ist, äußerlich genommen, der Inhalt des Buches. Aber was für ein kühner Krämer und phantastischer Held der Arbeit dieser Bauunternehmer Großjohann ist, wie sein Emporkommen und sein Niedergang als typisches Schicksal eines ganzen Standes, als Teil einer modernen Stadtentwicklung gesehen und dargestellt ist, wie neben der Berufstragödie die Familientragödie, hervorgehoben durch den Fluch des Schweigens, des Einandernichtverstehens, die „Sprachverwirrung“, aufsteigt, — damit wäre der eigentliche Inhalt des Buches schon näher, aber noch lange nicht in seinem ganzen Umfange bezeichnet. Denn in diesen Umkreis ist auch unlosbar als tragender Erdboden und

Als darauf Abg. **Giehl** (Bayer. Volkspartei) eine Erklärung seiner Partei abgeben wollte und einige Schritte vorwärts zum Referentenpult machte, fiel plötzlich ein **Revolvererschuß**. Es folgte nun die Szene, in der Minister Auer durch einen in den Sitzungssaal stürmenden Mann durch Revolvererschüsse schwer verletzt wurde, während der Abg. **Oefel** (Bayer. Volkspartei) getötet und Ministerialrat **Garais**, sowie der Regierungsvertreter des Kriegsministeriums und ein höherer Offizier ebenfalls schwer verwundet wurden. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Mörder stellte sich links vom Ministerisch auf und schoß quer in den Saal gegen die Minister mit dem Ruf: „Allen Ministern gilt!“

Die Abgeordneten wurden, wie schon gemeldet, von einer großen Panik erfaßt und die Sitzung dann aufgehoben. Die Kunde von dem blutigen Vorgang drang mit Windeseile in alle Stadtteile. Die Erregung ist ungeheuer. Alle Geschäfte wurden geschlossen. Der Straßenbahnverkehr wurde mittags eingestellt. Überall wurden rote Flaggen auf Halbmast gehißt.

Weitere Berichte melden vom Freitag:

Über München ist der **Belagerungsstand** verhängt worden. Der Landesoberkommandant, das Ministerium für militärische Angelegenheiten, der Stadtkommandant und der Polizeipräsident erließen folgende Bekanntmachung an die Soldaten, Arbeiter und Bürger:

„Durch ruchlose Mordhand wurde der Ministerpräsident Eisner ermordet, der Minister Auer schwer verwundet. Dieser tiefbedauerliche Vorfall, den jeder rechtlich denkende Mensch beurteilen muß, muß alle Gemüter auf das Höchste beunruhigen. Sofort muß das Volksgewissen die Untersuchung und strengste Bestrafung vorsehen. In das Volk im Bürger- und Soldatenrat ergeht die Bitte, die Ruhe jetzt zu bewahren. Geht in eure Wohnungen, die Strafe ist gefährlich! Nach 7 Uhr abends darf keine Zivilperson auf der Straße sein. Die öffentlichen Lokaltäten haben ebenfalls um 7 Uhr zu schließen.“

Seute abend findet ein **Ministerrat** statt, in dem über die **Neubildung des Ministeriums** Beschluß gefaßt werden soll. Die drei sozialistischen Parteien, einschließlich der Kommunisten und die U., S. und V.-Räte haben sich zu einem **Nationalausschuß** vereinigt.

Badischer Teil.

** Die **Schwarzschlachtungen** sowie der **Schleichhandel** und die **Schleifverforgung** mit Fleisch haben einen solchen Umfang angenommen, daß scharfste Einschreiten unerlässlich ist. Die Absicht der früheren Regierung, zur Bekämpfung der Schwarzschlachtungen die Einführung von Viehkontrollen in Verbindung mit der Viehzählung vom 4. Dezember 1918 anzunehmen, konnte unmittelbar nach der Revolution nicht verwirklicht werden, da damals die Durchführung einer so einschneidenden Maßnahme ausgeschlossen war. Nachdem sich die Verhältnisse gefestigt hatten, hat die vorläufige Volksregierung sich ihrerseits mit der Frage befaßt, ob Viehkontrollen einzuführen sind. Sie glaubte hieron absehen zu sollen, da sie bezweifelte, ob eine einwandfreie Führung der Viehkontrollen bei der Belastung der Gemeindebehörden und bei der Widerständigkeit der Bevölkerung gegen neue einschneidende Vorschriften auf dem Gebiete der Zwangswirtschaft sich ermöglichen lasse.

Inzwischen haben sich die Zustände weiter sehr erheblich verschlimmert. Seitens der Polizeibehörden und der Kommunalverbände wird offenbar die wiederholt angeordnete Überwachung des Lebensmittelverkehrs (besonders Fleisch) und insbesondere hinsichtlich der Wirtschaften aller Art, welche die Hauptabnehmer des durch Schwarzschlachtungen gewonnenen Fleisches sind, nicht mit der erforderlichen Strenge durchgeführt. In Wirtschaften ist reichlich Fleisch zu erhalten, ohne daß Fleischmarken verlangt werden. Die Folge dieser Zustände ist, daß, obwohl der Futtermittelmangel die Landwirte zu einer Absetzung des entbehrlichen Viehs drängt und infolge Verminderung des Heeresbedarfes die Zahl des von den Kommunalverbänden aufzubringenden Schlachtviehs eine geringere geworden ist, in neuester Zeit sich Schwierigkeiten ergeben, von den Landwirten die restlose Ablieferung der aufzubringenden Schlachtviehmenge überall zu erreichen. Wird der Viehbestand weiter durch Schwarzschlachtungen gemindert, so wird sich nach Wiederauf-

umgebende Atmosphäre, Landschaft und Menschentum des Niederrheins einbezogen; ältliche Volkstanz und -weise prall auf neue Entwürfe im Sozialen und Geistigen; mit halblendem Nihilismus klagt das gesunde Arbeiten des guten alten Handwerks in das bald grohatische, bald schwindelhafte Treiben des neuesten Großunternehmertums. So hat das Buch seinen eigenen starken Stil, einen Stil, der nicht in sich selbst erstarrt und zur Manier wird, sondern vom Herzschlag innersten Erlebens Puls und Wärme empfängt.

Kurt Martens: Die großen und die kleinen Leiden. Novellen 261 Seiten. Geheftet M. 4.55, geb. M. 7.15. (Verlag von Grethlein & Co., G. m. b. H., Leipzig.) — Mit seiner feinen, liebevollen Einfühlung in das Seelenleben der verschiedensten Menschen und Lebensalter und dem lebhaften, geistvollen Vortrag ist der Verfasser längst als einer unserer hervorragendsten Erzähler bekannt. Sein neuester Novellenband übertrifft an ächterer und innerer Reichhaltigkeit noch die früheren. Kaum ein Ton in der Stala der Gefühle ist ihm fremd; in allen Kreisen, Berufen, Schicksalen und Konflikten ist er als echter Dichter zu Hause. Mit den großen Leiden der Menschen erschütterter den Leser, mit den kleinen belüftet er sie, und immer steht er als der einzig mißfühlende, lebenswürdige Ironiker über den Dingen.

Zeitschriftenchau.

Die soeben erschienene Nummer 3946 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ bringt zunächst eine Reihe fesselnder Bilder und Klauerereien vom winterrischen Leben in Stadt und Land. Ein reich illustrierter Artikel aus der Feder von Fritz von Otfim behandelt den Großstadtmaler Charles Vetter, dessen eigenartige Kunst vor allem in der Entwürdigung Münchens eng verknüpft ist. Aus dem übrigen Inhalt des mit drei farbigen Abbildungen geschmückten Heftes seien erwähnt das Porträtalbum der weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung mit dem dazugehörigen Artikel „Das weibliche Element in der Nationalversammlung“ von Eliza Jochenbauer sowie zahlreiche weitere Abbildungen zur Tagesgeschichte.

Badisches Landestheater.

Ab und zu muß ein auf der Höhe seiner Zeit stehendes Theater ein Stück von **Sundermann** bringen. Diesmal war es „Das Glück im Winkel“, das wir erleben durften, ein echter Sundermann. Man mag über ihn denken, wie man will, das eine kann ihm niemand abstreiten, daß er ungemein Bühnenvirtuose zu schreiben versteht. Mag man's mit Theatralik oder sonst einem Schlagwort abtun wollen, jedenfalls man wird gepakt und in undarmherziger Spannung bis zum Schluß festgehalten.

Wenn man auf modernen Theaterstücken, die noch vor der Revolution das Licht der Welt erblickt haben, den Vermerk liest „Zeit: Die Gegenwart“, dann muß man heute meist ein Fragezeichen dahinter setzen, ganz gewiß aber bei Sundermann, dessen dramatische Konflikte aus einem auf die Spitze getriebenen Kastengeist entspringen, der allerdings, trotz der Revolution, auch heute noch in manchen Köpfen spukt.

Die Darsteller sind begeistert, wenn ein solches Drama gegeben wird; sie finden darin die dankbarsten Rollen, Rollen, die so famos sind, daß es völlig unmöglich erscheint, sich damit zu blamieren.

Die Aufführung war von Herrn **Kienischer** nicht übel vorbereitet. Die Hauptrolle (Elisabeth) lag in der Hand der Frau **Ermarth**. Es gibt wenige Rollen, die der Eigenart der Künstlerin so entsprechen, wie gerade diese. Frau Ermarth war namentlich vom 2. Akt ab, in dem das Ganze ins Tragische hineinwächst, ganz erlesen in Haltung und Gebärde und in der feinen überlegten Art, wie sie das Gefühlsmäßige der Rolle ausprägte und darstellte. Herr **Söder** spielte den Gatten. In dieser Rolle wiedemann auch nur eine arme, gedrückte, äußerlich unfreie Kreatur in irgend einem kleinen Winkel, Herr Söder machte aus ihm einen ganz großen Menschen durch einen warmen Ton der Güte, wie ihn die Rolle verlangt. Man kann sich kaum einen besseren Darsteller dieser ungemein anziehenden Gestalt denken. **Felix Baumbach** verkörperte den rücksichtslosen Herrenmenschen, der wie ein wildes Tier in das stille Glück im Winkel einbricht, mit vollendeter Gestaltungskraft. Besonders fesselnd und passend war sein Spiel in der großen Szene des 2. Aktes, wo er die den Freiherren

nahme der Grünfütterung eine außerordentliche Erschwerung in der Aufbringung des Schlachtwiehs ergeben. Das Ministerium für Ernährungswesen hat deshalb erneut angeordnet, daß die Bezirksämter und Kommunalverbände die Abgabe von Fleisch in Schank- und Speisewirtschaften, in Vereinen und Erfrischungsräumen, in Fremdenheimen sowie in den Verkaufsräumen von Fleisch und Fleischwaren einer scharfen Kontrolle unterziehen. Soweit das zur Verfügung stehende Polizeipersonal irgendwie nicht ausreicht, hat das Bezirksamt mit dem Kommunalverband alsbald in Verbindung zu treten, daß er sofort besondere Kontrollbeamte mit der Vornahme der Überwachung betraut. Die Verwendung der Polizei- und Kontrollbeamten würde im Einvernehmen zwischen Bezirksamt und Kommunalverband zu erfolgen haben. Das Ministerium für Ernährungswesen hat Auftrag gegeben, den in Betracht kommenden Gewerbetreibenden gegen Unterschreitung zu eröffnen, daß sie nicht nur unachtsamlich Anzeige wegen gewerksmäßigen Schleißhandels zu gewärtigen haben, falls sie im Schleißhandel Vieh oder Fleisch erwerben, sondern daß im Falle der Zuwiderhandlung auch die sofortige Schließung ihres Betriebs unachtsamlich erfolgen wird. Diese Schließung werde neben entsprechender Bestrafung auch dann verfügt werden, wenn sie markenpflichtiges Fleisch ohne Fleischmarken an die Verbraucher verabfolgen oder an fleischlosen Tagen Fleisch abgeben.

Wenn ein so strenges Vorgehen gegen die Wirte usw. erforderlich wird, so hat die Mehrheit derselben durch ihr Verhalten hierzu selbst Anlaß gegeben.

Nach Anordnung des Ministeriums ist auch im übrigen der Lebensmittelverkehr streng zu überwachen. Gegen die Veranstalter von Schwarzschlachtungen ist mit aller Schärfe vorzugehen.

Zur besseren Überwachung des Verkehrs mit Nutz- und Zuchtvieh hat das Ministerium für Ernährungswesen eine Verordnung vom heutigen erlassen, wonach der Ankauf oder sonstige Erwerb von Rindvieh (einschließlich Kälbern) sowie von Schafen zu Zucht- und Nutzweiden nur solchen Personen gestattet ist, die mit einer Bescheinigung des Bürgermeisters ihres Wohnorts darüber versehen sind, daß die zu erwerbenden Tiere in dem Betrieb des Erwerbers als Zucht-, Nutz- oder Einstellvieh erforderlich sind. Die mit dem Erwerb beauftragten landwirtschaftlichen Vereinigungen oder Händler müssen einen von dem Besteller ausgestellten Bestellchein besitzen, der mit der erwähnten Bescheinigung des Bürgermeisters des Wohnorts des Bestellers versehen ist. Nach erfolgtem Erwerb hat der Erwerber die bürgermeisterliche Bescheinigung oder den Bestellchein dem Bürgermeisteramt des bisherigen Standortes des Tieres zur Prüfung zu übergeben. Ergibt diese, daß beim Kauf auf die vorstehenden Vorschriften eingehalten worden sind, so hat das Bürgermeisteramt, falls das Tier in eine andere Gemeinde verbracht werden soll, dem Erwerber oder seinem Beauftragten unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Bürgermeisters des künftigen Standortes vom dem Erwerber eine schriftliche Bestätigung der Zulässigkeit des Erwerbs auszustellen, welche der Erwerber oder sein Beauftragter bei der Verbringung des Tieres an den Bestimmungsort bei sich zu führen hat. Am Bestimmungsort hat der Erwerber die Einstellung der erworbenen Tiere dem Bürgermeister unter Vorlage der vom Bürgermeisteramt des Herkunftsortes ausgestellten Bescheinigung anzuzeigen.

Das Ministerium für Ernährungswesen verkennt nicht, daß die Verordnung eine gewisse Unbequemlichkeit demjenigen verursacht, welcher für seinen Betrieb Zucht- und Nutzvieh zu erwerben beabsichtigt. Auch bedeutet sie eine weitere Belastung der Bürgermeisterämter. Nachdem aber die Verhältnisse eine im Interesse der Fleischversorgung der Allgemeinheit durchaus unerträgliche Entwicklung genommen haben, lassen sich auch die neuen Vorschriften nicht vermeiden. ♦

** In einem am 21. d. Mts. in mehreren hiesigen Tageszeitungen erschienenen Bericht über die Sitzung des Haushaltsausschusses der badischen Nationalversammlung vom 20. d. Mts. ist nach den Angaben über den voraussichtlichen Betriebsausfall der badischen Eisenbahnen im Jahre 1919 bemerkt, der ungedeckte Aufwand der allgemeinen Staatsverwaltung für 1918 „dürfte ebenfalls 100 Millionen Mark betragen.“ Die Ausführungen des Finanzministers, die dieser Angabe zugrundeliegen, haben sich aber nicht auf das Jahr 1918, sondern auf das Jahr 1919 bezogen, in dem sich, soweit sich, das bei der Unsicherheit aller Verhältnisse überhaupt übersehen läßt, möglicherweise ein ungedeckter Aufwand in der erwähnten Höhe ergeben kann. Die Rechnung der allgemeinen Staatsverwaltung für das Jahr 1918 wird, wie der Finanzminister ebenfalls ausgeführt hat, wenn man den von der badischen Staatskasse geleisteten, vom Reich wieder zu erhaltenden Zuschuß für Reichsfamilienunterstützungen außer Betracht läßt, voraussichtlich ohne Zehlbetrag abschließen.

* Badische Rundschau.

Die unerhörte, jeder Menschlichkeit höhnsprechende Barbarei, deren sich die Entente durch die rechtswidrige Zurückhaltung der 800 000 Kriegsgefangenen in Verbindung mit der Aufrechterhaltung der Hungerblockade schuldig macht, hat in diesen Tagen zu flammenden Protesten im ganzen deutschen Reich geführt. Auch in Baden fand sich die Bevölkerung landauf, landab zu feierlichen Kundgebungen zusammen, bei denen der Schmerz und die Empörung über die ungeheuerliche Vergeßlichkeit und Entrechtung des deutschen Volkes zum Ausdruck kam und vor allem die Forderung nach sofortiger Herausgabe der deutschen Gefangenen erhoben wurde. Nicht nur in Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und Heidelberg nahmen viele Tausende an den Versammlungen teil, sondern auch in den kleineren Städten und Gemeinden,

so in Konstanz, wo es zu einem großen, besonders eindrucksvollen Demonstrationstreffen kam, in Offenburg, in Schwetzingen und an vielen anderen Orten. Wie einmütig das Empfinden unseres Volkes ist, geht u. a. aus den Tatsachen hervor, daß an der Heilberger Kundgebung allein aus mehr als fünfzig Landgemeinden zustimmende Erklärungen vorlagen. Die Entschuldigungen werden der Nationalversammlung und der Waffenstillstandskommission zur Weitergabe an die feindlichen Regierungen übermittelt, sobald aber auch den Vätern der Erde unterbreitet werden. Mögen Gewissen und Bernunft die Entente davor bewahren, bei ihrem in der Geschichte der Menschlichkeit ohne Beispiel dastehenden Verhalten zu beharren!

Um die unfreiwillige Ruße der jugendlichen Erwerbslosen mit würdigem und nützlichem Inhalt auszufüllen, sind die Städte, einer Anregung des Demobilisationsamtes folgend, dazu übergegangen, für die Erwerbslosen bis zu 20 Jahren freien Unterricht und allgemein bildende Veranstaltungen, wie Vorträge, Lichtbildvorführungen usw. einzuführen. Durch diese Veranstaltungen soll den jungen Leuten die Gelegenheit zu einer Bildung gegeben werden, die ihnen dann, wenn die Arbeit wieder voll aufgenommen werden kann, in Gestalt erhöhter beruflicher und allgemeiner Fähigkeiten zugute kommen wird. Soweit uns bekannt, wurden in Mannheim diese Kurse zuerst eingerichtet. Während der größte Teil der dortigen jugendlichen Erwerbslosen die gebotene Gelegenheit mit Freuden begrüßte, hat ein anderer Teil unter ihnen aus einem durch die unglücklichen Kriegsverhältnisse geschützten, falsch verstandenen Selbständigkeitsgefühl heraus gegen die Einrichtung Stellung genommen und durch eine höchst beschämende Demonstration vor dem Rathaus zu erzwingen versucht, daß die Abhängigmachung der Erwerbslosenunterstützung vom Besuch der täglich insgesamt zweimal zwei Stunden umfassenden Veranstaltungen aufgehoben werde. Die häßlichen Vorgänge, bei denen ein Volkswächter einen Messerstich erhielt und eine Anzahl Fenstersteine im Rathaus zertrümmert wurden, bilden einen betrübenden Beitrag zu dem Kapitel über die Verwahrlosung der heranwachsenden Jugend im Kriege. Sie beweisen aber auch zugleich die Notwendigkeit der Bestrebungen, durch Förderung der Geistes- und Charakterbildung der Jugend den Schäden des Krieges auf diesem Gebiete entgegenzuwirken.

Ein neues großzügiges Unternehmen zur Behebung der Wohnungsnot wird die Siedlungsgesellschaft für den Kreis Heidelberg, deren Gründung noch im Laufe dieses Monats erfolgen soll, zur Ausführung bringen. Die Gesellschaft, der fast alle Gemeinden des Heidelberger Bezirkes und die Mehrzahl der Gemeinden des mit einbezogenen Amtsbezirks Beilösch beigetreten sind, beabsichtigt die Schaffung von Wohnstätten, die zunächst mit einer dem wirtschaftlichen Bedürfnis des Ansehlers angepaßten ertragsfähigen Bodenfläche ausgestattet sind, für Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker, Kleingewerbetreibende und Kleinlandwirte. Minderbemittelte Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene sowie kinderreiche Familien sollen vorzugsweise berücksichtigt werden. Die Tätigkeit der Gesellschaft soll gemeinnützig und auf die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft gerichtet sein, dabei aber doch auf wirtschaftlichen, eine ausreichende Verzinsung der Stammeinlagen erstrebenden Grundzügen beruhen. Die Gesellschaft, vorzugsweise die Gemeinden, sind verpflichtet, die Siedlungsgesellschaft in ihren Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Die Gemeinden haben zusammen mit dem Kreis Stammeinlagen in Höhe von 543 800 Mark übernommen. Einige Gemeinden bringen auch Baugelände in die Siedlungsgesellschaft ein. Die im Landbezirk Heidelberg ansässigen oder tätigen gewerblichen Unternehmen wollen, von beschwänigenden Ausnahmen abgesehen, der Siedlungsgesellschaft als Gesellschafter beitreten. Ihre Zeichnungen betragen rund 380 000 Mark, sodaß die gezeichneten Stammeinlagen sich bis jetzt auf 923 800 Mark belaufen. Der Bedarf an Wohnungen im Landbezirk Heidelberg und im Amtsbezirk Beilösch beläuft sich auf etwa 1000 neue Wohnungen. Die Kosten für ein Eigenheim mit Wohnungsküche, 3 Zimmern, Nebengebäuden für Kleintierhaltung und einem Garten in der Größe von 2-3 Ar werden auf etwa 5 bis 7000 Mark geschätzt. Angesichts der großen Wohnungsnot, die manchenorts geradezu ein Wohnungsselekt genannt werden muß, ist auch diese neue Gründung aufs freudigste zu begrüßen.

Badische Nationalversammlung.

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung.

Voraussichtlich wird die Badische Nationalversammlung am Donnerstag oder Freitag nächster Woche zusammentreten, um die Vorlage über die neuen Feuerungsbeihilfen für die Beamten zu beraten und zu erledigen.

oc. In der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses stellte die sozialdemokratische Partei unter Bezugnahme auf einen im „Bad. Beobachter“ veröffentlichten Artikel des Freiburger Theologieprofessors Engelbert Krebs zur Schulfrage, unter Protest gegen die darin geäußerten Auffassungen, zu dem noch nicht völlig erledigten Schulparagrafen (§ 19) noch einige Änderungsanträge. Der Hauptantrag lautete: „Neue Privatschulen dürfen nicht errichtet werden.“ Im Falle der Ablehnung dieses Antrages wurde folgender Erganzungsantrag gestellt: „Neue Privatschulen dürfen nur auf Grund des Gesetzes errichtet werden“ und im Falle der Ablehnung dieses Erganzungsantrages der weitere: „Neue Privatschulen dürfen, soweit nicht gesetzlich weitergehende Erfordernisse aufgestellt sind, nur mit Staatsministerialisankündigung errichtet werden. Die Errichtung oder Verlagerung der Genehmigung steht im freien Ermessen des Staatsministeriums.“

Die Beratung über diese Anträge zeitigte scharfe Zusammenstöße zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum. Die demokratischen Vertreter erklärten, daß sie in der Abwehr der von Prof. Krebs geäußerten Anschauungen mit der Sozialdemokratie einig seien, einen Anlaß zu einer Änderung ihrer Haltung in gesellschaftspolitischen Beziehung aber nicht für gegeben erachten könnten. Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge sämtlich mit 14 gegen die sieben sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Vormittagsitzung wurde vom Zentrum der Antrag gestellt, daß die Errichtung anderer Privatschulen, außer denjenigen für den Unterrichtskreis der Volksschulen juristischen und pädagogischen Personen gestattet sein solle. Ein demokratischer Abgeordneter beantragte dazu den Zusatz: „Das Nähere über die Bedingungen wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“ Die Abstimmung über diese Anträge wurde ausgefällt.

In der Nachmittagsitzung des Verfassungsausschusses wurde nochmals der § 20 (Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und Kreise wird innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze anerkannt) zur Beratung gestellt. Dazu lag ein größerer Änderungsantrag der demokratischen Fraktion vor, dahingehend, daß Interessenvorteilungen aller Verufe (Landwirtschaft, Gewerbe, Handel usw.) vor der Regelung allgemeiner sie betreffenden Fragen von der Regierung zu hören sind. Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie sprachen sich gegen den Antrag aus, der mit 15 gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde.

Als weiterer Zusatz des § 20 stand ein sozialdemokratischer Antrag zur Debatte, wonach das allgemeine, gleiche und direkte Verhältniswahlrecht auch für die Kreis- und Bezirksvertretungen gelten soll. Im Verfassungsausschuß kam dabei allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß die Stellung zu diesem Antrag von den Aufträgen abhängen, die zukünftig den Kreisen zugewiesen werden sollen.

Die Abstimmung hierüber wurde vertagt. Nächste Sitzung Dienstag vormittag.

Neue Interpellationen in der badischen Nationalversammlung.

* Über die Notlage des Handwerks ist in der bad. Nationalversammlung folgende Interpellation der Abg. Niederbühl und Gen. eingereicht worden:

„Die Art der Durchführung der getroffenen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Handwerks erweist sich als völlig unzureichend. Insbesondere gibt die Versorgung mit Rohstoffen zu angemessenen Preisen für die zurückgekehrten Handwerker und Gewerbetreibenden die Berücksichtigung bei der Verteilung des freierwerbenden Heeresgeräts zu berechtigten Klagen Anlaß. Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine sofortige tatkräftige Durchführung der getroffenen Maßnahmen zum Wiederaufbau des Handwerks zu ermöglichen?“

Weiter wurde von Abgeordneten eine Interpellation eingereicht über die Vinerdung der Fliegergeschäden. In der letztgenannten Interpellation wird an die Regierung die Frage gerichtet, was sie zu tun gedenkt, um den hochberechtigten Ansprüchen der Fliegergeschädigten bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck Erfüllung zu verschaffen.

Die neue Teuerungszulage in Baden.

oc. Die badische vorläufige Volksregierung hat eine Teuerungszulage ausgearbeitet, nachdem von dem Beamtenausschuß gegen die erste Vorlage über die Gewährung einer Teuerungszulage Einspruch erhoben worden war. Nach der neuen Vorlage soll die Grenze für die neue einmalige Zulage von 500 Mark für alle Beamten und Arbeiter bei einem reinen Grundgehalt von 4000 Mark ohne Wohnungsgeld liegen. Für jedes Kind werden 10 Prozent gewährt. Ledige sollen 350 Mark und Personen unter 18 Jahren 175 Mark erhalten. Ferner sind Ausgleichsbestimmungen vorgesehen, um etwaige Härten zu mildern.

Diese neue Teuerungsvorlage hat auch den Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschäftigt, wobei zum Ausdruck kam, daß die Zulage allen Beamten gegeben werden sollte, zumal die Mehrausgabe für die ausgeschriebene Beamtensategorie 780 000 Mark beträgt gegenüber einem Gesamtaufwand von rund 31 Millionen Mark. Ein Beschluß wurde vom Haushaltsausschuß in dieser Frage noch nicht gefaßt.

Zur Besetzung von Kehl.

* Im Bericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 10. Februar wird mitgeteilt:

Auf ein früheres deutsches Ersuchen teilte Marschall Foch mit, die Entladung von Kohlen in Kehl für das nichtbesetzte Deutschland könne in dem bisherigen Umfang vor sich gehen, dagegen müsse der Warenhandel zwischen Kehl und dem deutschen Hinterland eingestellt werden. Das vor kurzem besetzte deutsche Gebiet von Kehl werde genau so behandelt werden, wie die besetzten linksrheinischen Gebiete, das heißt, jeder Verkehr mit den übrigen Teilen Deutschlands sei verboten.

Die deutsche Kommission übergab den Alliierten ferner eine Protestnote wegen der Ausweitung von Deutschen aus dem Brückenkopf Kehl.

Baden, 22. Febr. Infolge der weiteren Verbreitung der schwarzen Mattern in Baden-Baden hat die Stadtgemeinde die Bevölkerung aufgefordert, sich einer Schutzimpfung zu unterziehen. Diese wird auf Kosten der Stadt ausgeführt. Die Zahl der Mattern hat bisher 8 nicht überschritten; in Baden treten die Mattern jetzt in 4 Amtsbezirken auf und zwar Baden-Baden, Kehl, Rheinfisch und Buchen; die Gesamtzahl der Erkrankten schwankt zwischen 20 und 25. („B. Fr.“)

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend 1/2 9 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Bruder, Pfleger, Schwager, Schwiegeronkel, Schwager und Onkel

Otto Müller

Fabrikant und Stadtrat

im 62. Lebensjahre.

Geh. Rat Otto Röhrich und Frau Anna geb. Müller, Vikar Wilhelm Röhrich, Anneliese Röhrich, Gertrud Cornelisen, Geh. Kommerzienrat Dr. Friedrich Wolff, Fabrikant Friedrich Wolff jr. und Familie, Fabrikant Georg Wolff und Familie.

Karlsruhe u. Coblenz, 21. Februar 1919.

Beerdigung: Mittwoch, den 26. Februar, mittags 1/2 12 Uhr von der Friedhofkapelle aus.

Beileidsbesuche werden dankend abgelehnt.

Badisches Landestheater.
Im Konzerthaus!

Sonntag, den 23. Februar 1919
Nachm. 2 Uhr, ermäß. Preise | Abends 6 Uhr: Sondervorst.
Als ich noch im Flügelkleide. **Carmen.**
(70 Pfg. bis 3.20 Mk.) (Mark 7.30)

Badischer Kunstverein E. V.
Karlsruhe, Waldstraße 3, Fernruf 26.

Geöffnet Werktags von 10-1 Uhr vormittags, Sonntags und Feiertags von 11-1 Uhr vormittags, ferner täglich im Sommer nachmittags von 3-5 Uhr im Winter nachmittags von 2-4 Uhr nach jeweiliger Bekanntmachung.

Wechselnde Ausstellungen von Ölgemälden, Graphik und Plastik hiesiger und auswärtiger Künstler mit 8-4 wöchentlichem Zeitdauer.
Bereitwillige kostenlose Auskunft für Kunstliebhaber.
Vermittlung von An- und Verkäufen ausgestellter, sowie nicht in der Ausstellung befindlicher Werke — auch für Nichtmitglieder — zu feststehenden vom Verkäufer zu tragenden geringen Gebühren.
Aufnahme von Mitgliedern durch mündliche oder schriftliche Anmeldung jederzeit. Jahresbeitrag 12 M., Beikarten für Familienmitglieder 1 M.
Jährliche Verlosung von Anrechtsscheinen unter die Mitglieder, die dem Gewinner ermöglichen, sich aus den Ausstellungen ein ihm gefallendes Werk unter etwaiger Aufzahlung des Mehrpreises auszuwählen. Jährliche Vereinsgabe, gelegentliche Sonderverlosungen.
Eintrittspreis für Nichtmitglieder 0,50 M.
Aufgabe von verschiedenen Kunstzeitschriften und Tageszeitungen.

Die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des badischen Kunstvereins geprägte Jubiläumsdenkmünze nebst Festschrift ist ebenfalls an der Kasse erhältlich. Preis für Nichtmitglieder 20 M.

Berüberte Bestecke,
Messer, Gabeln, Löffel, sowie sonstiges Hotel-
silber kauft jedes Quantum
Antiquar Sasse, Kaiserstraße 229.

Badenia Verlag und Druckerei, Karlsruhe i. B.
Für jeden Badener!
Soeben erschien:
Oskar Gehrig und Karl Jos. Köhler
„Die verfassunggebende badische Nationalversammlung 1919“
Reich illustriert 176 Seiten 16°
Preis M. 1.20

Ein statistisches und biographisches Handbuch, das, in Taschenformat gehalten, den Leser in gedrängter Form über Badens Geschichte und politische Zusammenlegung unterrichtet und das als wertvolles Dokument unserer entscheidungsvollen Gegenwart gelten wird. In drei Hauptabschnitten behandelt es **das alte Baden, die Umwälzung und besonders die Nationalversammlung, ihr Zustandekommen und die Mitglieder mit ihren Witznissen.** Für den politischen Neuling wie für den Politiker selbst hat das Büchlein bleibenden Wert. Der biographische und bildliche Teil wird uns die Führer und Führerinnen im öffentlichen Leben, sowie diese selbst untereinander, näher bringen, um so mehr, als diese auch nach Auflösung der Versammlung weiterhin die politische Führung in der überwiegenden Mehrzahl beibehalten werden. Beim Lesen der Tagesblätter, Besuch des Parlaments und jedweder Beschäftigung mit badischer Politik, wird man das kleine Handbuch gerne benötigen. Und auch später mag es in seiner zusammenfassenden Gestalt Erinnerungen an die Zeit politischer Neugestaltung unseres Landes auflösen!

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Empfehle mich zum Ankauf von
Offiziersuniformen, Wäsche, Schmucksachen aller Art
usw. Gest. Angebote erbitte
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52 Telefon 3747.

Amtliche Bekanntmachung.
Die Geflügelcholera in Ruppurr betreffend.
Unter dem Geflügelbestande des Städt. Gutes in Ruppurr ist die Geflügelcholera aufgetreten. Das verseuchte Gehöft bildet das Spergebiet. Lebendes oder geschlachtetes Geflügel oder Teile von solchem darf nur mit polizeilicher Erlaubnis aus diesem ausgeführt werden; ebenso ist die Einfuhr von Geflügel in das abgeperrte Gehöft nur mit polizeilicher Genehmigung gestattet.
Karlsruhe, den 19. Februar 1919.
Bezirksamt. — Polizeidirektion. C. 3. 58

Aufruf!

Unter der großen Zahl deutscher Kriegsgefangener in Feindesland befinden sich viele Tausend Badener.

Der Badische Landesverein vom Roten Kreuz hat sich durch seine Gefangenenfürsorge mit seinen zahlreichen Zweigstellen im Lande seit vier Jahren treu und eifrig um ihr Los bemüht. Die Nachforschungen nach Vermissten, die Unterstützung der Bedürftigen, die Ueberführung von Kleidungsstücken und Wäsche, die Vermittlung von Paket- und Geldsendungen der Angehörigen waren schwierige, doch gerne übernommene und durchgeführte Aufgaben. Der Landesverein hatte sich dabei dauernd großer Unterstützung im Lande zu erfreuen.

Die jetzige große Bewegung in der Heimat unter dem Namen „Reichsbund zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangener“, dem sich auch der Badische Landesverein angeschlossen hat, ist der Notschrei des deutschen Volkes um die endgültige und baldige Rückgabe seiner Söhne. Alle, die sich der neuen Bewegung anschließen wollen, sind uns willkommen.

Der Badische Landesverein und seine Gefangenenfürsorge sind sich bewußt, daß bis zur endlichen Rückkehr unserer Gefangenen und auch bei ihrer Rückkehr selbst noch viele Unterstützungsaufgaben zu erfüllen sind. Hierzu bedarf aber der Landesverein weiterer bedeutender Mittel. Es gilt daher neue Möglichkeiten, neue Mittel zu schaffen.

Landsleute gebt!

Gebt freudig!

Gebt reichlich!

Gebt alle!

Gaben werden bei allen durch Aushang kenntlich gemachten Sammelstellen der im Lande befindlichen Banken, Sparkassen, Vorschußvereine, Postämter und sonstigen Geschäften, den Sammelstellen der Orts- und Bezirks-Ausschüsse des Roten Kreuzes, insbesondere bei der Depotabteilung, oder durch Ueberweisung auf das Postcheckkonto der Depot-Abteilung des Badischen Landesvereins für die Gefangenen - Fürsorge - Sammlung Nr. 17300 Karlsruhe angenommen.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz:

Der Ehrenvorsitzende:
Max Prinz von Baden.

Der Vorsitzende des Gesamtvorstandes: General Limberger, Karlsruhe.
Der Leiter d. Landesauschusses der Bad. Gefangenenfürsorge: Univ.-Prof. Dr. Partsch, Freiburg.

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung:
Dr. Stroebe, Karlsruhe.

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telefon 4120
Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.
Tadellose Ausführung Aufträge werden auf Wunsch abgeholt und zugestellt.
Billige Preise. Woll Amstowski.

Alten-, Altpapier, Zeitungen usw.
unter Garantie des Einstampfens,
Frauenhaare, Männerjähnt- und Tierhaare
Metalle, Flaschen, Lumpen
kaufen zu höchsten Tagespreisen.
Größere Mengen werden abgeholt. Gürtliche Ablieferungsstelle für Sammler. 3.885
Zuschriften erbitte
Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.
Karlsruhe
37 Amalienstraße 37 Fernsprecher 3729.

5000000 M
an Gemeindeverbände und Städte zu 4 5/8 % Zinsen mit 1/2-jähriger Kündigung zu vergeben.
Anfragen a. Expedition d. Blattes unter F.925.
Bei Kesselfestern gut eingeführt
Vertreter
von bedeutender Fabrik von Kesselfestkontrollapparaten gesucht. Angebot unter 3-49 an die Expedition d. Karlsruhe. 31g.

Altertümer
in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. kauft zu hohen Preisen
An- u. Verkaufsgeschäft Neukam,
Lammstr. 6 im Hof. Tel. 3546

Für meine Leihanstalt **suche ich Flügel u. Pianinos** zu kaufen und erbitte Angebote.
Ludwig Schweisgant
Karlsruhe
Erbprinzenstraße 4.

Wer Forderungen
im Elsaß einzuziehen oder Wertpapiere elsässischer Unternehmen oder Städte zu verkaufen hat, wende sich unter G. 795 an **Daufenheim & Bogler**
H. G. Karlsruhe i. B.

GALERIE MOOS
KARLSRUHE/B.
Kaiserstr. 187
37. Sonderausstellung
16. Februar bis 10. März 1919
Prof. R. Hellwig
J. F. SCHROEDER u. a.
GEOFFNET: 10-6 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr und 2-4 Uhr.

Haus-Verlauf
Widdbad, Schwarzwald, Fremdenpension Villa Vittoria, in bester Lage, krankheitshalber zu verkaufen. Diefelbe würde sich auch für ein Sanatorium oder einen Arzt eignen.

Beinkranke
welche durch Krampfaderen an offenen eitrigen Wunden geschwellenen Füßen leiden, Beschwerden im Gehen haben, behandelt nach bewährter Methode ohne Berufshinderung
Wilh. Oschwald,
Kleiner für Fußpflege und Chirurgie.
Kaiserstr. 94 Tel. 3084.

Brenn-Holz
Buchen u. Eichen, 3 Streden der Kohlen, Forsten, Tannen (Anfeuerholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts zugeführt. Ansaabestelle:
Gewigstraße 53
Fr. Kempermann
Telephon 3206
Brennholzsaigeri, Spaltkari und Bundeholzfabrik
Gatterstraße der elektrischen Bahn am Schindhof.

Gesucht zum 1. März oder später für herrschaftlichen Haushalt in Heidelberg

Köchin
in feiner Küche perfekt bewandert, und
Zimmermädchen
welches bügeln, servieren und nähen kann.
Haupterfordernis: pflichttreue, anständige Gesinnung; Gegenleistung: anständige Behandlung. Gute Zeugnisse erforderlich. Photographie oder persönliche Vorstellung bei Frau v. Falkenhann, zurzeit Hotel Vittoria, Heidelberg.

Grundbuchamts-Sekretär.
Beim Grundbuchamt Mannheim ist eine **Sekretärstelle** alsbald zu besetzen. Bewerber, welche die Gerichtsschreiberprüfung mit gutem Erfolg abgelegt haben und bei einem Grundbuchamt oder Notariat beschäftigt waren, wollen ihre Meldung mit Lebenslauf und Angabe der Gehaltsansprüche binnen einer Woche beim Grundbuchamt einreichen. G5.7.2.1
Mannheim, 21. Febr. 1919
Grundbuchamt 1.

Bekanntmachung.
Die Badische Landeszeitung Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist nach Beschluß der Generalversammlung vom 17. August 1918 aufgelöst.
Die Liquidation erfolgt durch den bisherigen Geschäftsführer Emil Brombach, hier. 3.895.32.1
Dies wird hiermit bekanntgemacht und die Gläubiger der Gesellschaft aufgefordert, sich bei derselben zu melden.
Karlsruhe, 20. Febr. 1919
Der Liquidator:
Emil Brombach.